

HINWEISE

miese-jobs.de Nachrichtenüberblick 14/2016

12. JUL 2016 | MARKUS KRÜSEMANN

obs gibt es jede Menge - sei es in Leiharbeit, Werkvertrags-Konstruktionen, Minijobs, befristeten Beschäftigungsverhältnissen, Teilzeitjobs und im Niedriglohnbereich. Wir veröffentlichen in der Regel alle 14 Tage einen Überblick über Nachrichten und Berichte zu unsicheren und schlecht bezahlten Arbeitsverhältnissen. Das Topthema dieser Ausgabe: Jobbing.

Die nächste Ausgabe dieses Nachrichtenüberblicks erscheint am Dienstag, dem 26.07.2016.

1] TOPTHEMA: JOBBING

Wird noch irgendwo gearbeitet? Geht noch jemand einer ordentlichen Lohnarbeit nach? Man hat den Eindruck, in Deutschland gibt es nur noch Jobs, McJobs und andere Jobs. Minijobs, Zweitjobs, es jobbt nur so in den Medien. Klingt ja auch lässig und so schön neutral. Früher war der Gebrauch des Wortes Job journalistisch anrühlich, denn genau das waren sie: Miese Jobs. Die sind heute dermaßen verbreitet, dass der Jobbegriff mit logischer Konsequenz im offiziellen Sprachgebrauch angekommen ist.

Jobs waren und sind aber keine ordentlichen Arbeitsplätze. Jobs werden schnell mal gestrichen, um Jobs muss man Angst haben, sie zu verlieren. Manche verzichten deswegen lieber auf Urlaubsansprüche. Und der überall zitierte Job-Boom, er besteht tatsächlich aus der Zunahme von bloßen Jobs, die die Existenz oft mehr schlecht als recht oder gar nicht sichern können: Teilzeitjobs, Minijobs, Zweitjobs, fast drei Millionen von ihnen zum Mindestlohnsatz und darunter. Doch lesen Sie selbst...

Arbeitsmarkt: Zehntausende Flüchtlinge finden Job in Deutschland

In Deutschland haben mindestens 30.000 Flüchtlinge seit Frühjahr vergangenen Jahres einen Job gefunden.(...) Die Zahl setzte sich aus sozialversicherungspflichtigen Jobs und Mini-Jobs zusammen.

Zwischen April 2015 und März 2016 sei etwa jeder vierte beschäftigte Flüchtling in die Leiharbeit gegangen, gefolgt von Dienstleistungen wie Gebäudereinigung oder Wachdienste.

(...)

Quelle: Spiegel online vom 11.07.2016

Immer mehr Beschäftigte haben einen Zweitjob

Bundesweit übten zum 30. Juni 2015 bereits rund 2,5 Millionen Arbeitnehmer neben ihrer sozialversicherungspflichtigen Stelle einen Nebenjob aus - in der Regel auf 450-Euro-Basis. (...) 2004 lag die bundesweite Zahl der Doppel-Jobber nach den Angaben aus Nürnberg noch bei 1,4 Millionen.

Der Sprecher der Arbeitsagentur verwies darauf, dass Beschäftigte zunehmend im Hauptjob die Arbeitszeit reduzierten. Dann könne es reizvoll sein, gleichzeitig mit einer anderen Tätigkeit und steuerlich begünstigt in einem Minijob hinzuzuverdienen.

(...)

Quelle: Berliner Zeitung online vom 09.07.2016

Mehr als halbe Million Bayern haben Mini-Job neben Beruf

Mehr als eine halbe Million Menschen in Bayern haben neben ihrer eigentlichen Arbeit noch einen Mini-Job. Nach Angaben der Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit vom Donnerstag gingen im September 2015 gut 530 000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte noch einer zusätzlichen geringfügigen Beschäftigung nach.

Ein Jahr zuvor waren es noch knapp 518 000 Menschen gewesen. Für Die Linke ist dies ein Beweis, dass immer mehr Menschen das Einkommen aus ihrem normalen Job nicht mehr zum Leben reicht.

(...)

Quelle: Welt online vom 07.07.2016

Jeder Dritte lässt Urlaubstage verfallen

Jeder dritte Beschäftigte (33 Prozent) in Deutschland lässt zugunsten der Arbeit Urlaubstage verfallen. Hauptgrund für den Verzicht ist die Sorge um den Verlust des Jobs, wie die "Bild"-Zeitung unter Berufung auf eine Befragung des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) berichtet.

Die größte Verbreitung von Freizeitverzicht findet sich demnach in den Reinigungs- und Bauberufen, am geringsten ist sie in Dienstleistungsbereichen wie Werbung, Marketing oder Öffentlichkeitsarbeit.

(...)

Quelle: Welt online vom 07.07.2016

Vattenfall streicht Hunderte Jobs in Berlin

Etwa 4.500 Mitarbeiter hat Vattenfall in Berlin. Davon könnten nun 800 ihren Job verlieren. Als Grund gibt das schwedische Unternehmen den Verkauf der umstrittenen Braunkohle-Sparte in Ostdeutschland an.

Vattenfalls schwedischer Chef Magnus Hall habe einen Stellenabbau in den zentralen Servicebereichen angekündigt, aber noch keine Dimensionen genannt.

(...)

Quelle: neues deutschland online vom 06.07.2016

Langzeitarbeitslose finden selten neue Jobs

Nur 13 Prozent der Langzeitarbeitslosen, die im vergangenen Jahr ihre Arbeitslosigkeit beendeten, bekamen tatsächlich eine Stelle auf dem ersten Arbeitsmarkt.

Den Zahlen zufolge wechselten im Vorjahr 54 Prozent jener Langzeitarbeitslosen, die aus der Erfassung verschwanden, offiziell in die Nichterwerbstätigkeit: 36 Prozent wurden als erwerbsunfähig eingestuft, elf Prozent wurden wegen fehlender Verfügbarkeit oder Mitwirkung gestrichen.

(...)

Quelle: WAZ online vom 06.07.2016

Der Trend geht zum Zweitjob

In Mitteldeutschland gibt es immer mehr Zweitjobber. Während die Linken darin ein Alarmzeichen sehen, dass der Lohn aus dem Hauptjob oft nicht ausreicht, führen Arbeitsmarktforscher noch ganz andere Gründe für die Entwicklung an.

Im Jahr 2003 wurden Nebenjobs vom Gesetzgeber steuerlich entlastet. Seitdem ist in Mitteldeutschland die Zahl der Arbeitnehmer mit mehreren Jobs um 83 Prozent gestiegen. Die Motive für einen Zweitjob sind also durchaus verschieden.

(...)

Quelle: MDR.de vom 05.07.2016

Immer mehr Teilzeitstellen lösen den Job-Boom aus

In der Landeshauptstadt standen im vergangenen Jahr so viele Menschen in Lohn und Brot wie seit Jahrzehnten nicht mehr. Doch der zweite Blick zeigt, dass nicht alles Gold ist, was glänzt.

Seit Beginn der 1990er Jahre ist die Zahl der Vollzeitstellen in Stuttgart fast stetig gesunken, erst die Überwindung der Finanzkrise hat diesen Trend wieder etwas gedreht.

(...)

Quelle: Stuttgarter-Nachrichten.de vom 04.07.2016

Zahl der Zweitjobber steigt um eine Million an

Die Zahl der Arbeitnehmer, die neben einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung zusätzlich in einem Minijob tätig waren, ist von rund 1,4 Millionen im Jahr 2004 auf knapp 2,5 Millionen im Jahr 2015 gestiegen.

Damit habe rund jeder zwölfte Arbeitnehmer in Deutschland (8,1 Prozent) zusätzlich einen Minijob. Zum Stichtag 30. Juni 2015 wurden demnach 2,47 Millionen sozialversicherungspflichtig Beschäftigte mit zusätzlichem Minijob gezählt.

(...)

Quelle: Welt online vom 04.07.2016

1,9 Millionen Jobs mit Mindestlohn im April 2015

Im April 2015, vier Monate nach Einführung des gesetzlichen Mindestlohns, wurden in Deutschland 1,9 Millionen Beschäftigungsverhältnisse mit dem gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro brutto je Arbeitsstunde bezahlt.

Mehr als die Hälfte der Jobs mit Mindestlohn waren (...) sogenannte Minijobs (1,1 Millionen). In Teilzeit wurden 0,5 Millionen Jobs ausgeübt, in Vollzeit 0,3 Millionen. Frauen erbrachten 61 % (1,2 Millionen) der Jobs mit Mindestlohn, Männer 39 % (0,7 Millionen).

(...)

2] WEITERE MELDUNGEN

Wurde 2015 eine Trendwende bei den Minijobs eingeleitet?

Im ersten Jahr nach Einführung des gesetzlichen Mindestlohns hat bei den geringfügig Beschäftigten erstmals seit vielen Jahren ein Abwärtstrend eingesetzt. Es gab deutlich weniger Menschen, die ausschließlich einem Minijob nachgegangen sind. Die Zahl der Minijobber im Nebenjob stieg dagegen weiter an.

Die Gesamteinbußen bei den Minijobs gehen allein auf das Konto der ausschließlich in einem Minijob arbeitenden Beschäftigten (...). Das aber ist eine gute Nachricht, denn von den im ersten Quartal 2015 im Vergleich zum Vorjahresquartal zusätzlich „verschwundenen“ Minijobber ist bekannt, dass sie mehrheitlich eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung aufnahmen.

(...)

Quelle: miese-Jobs.de vom 11.07.2016

Appell gegen Lehrerentlassungen

Tausende baden-württembergische Lehrer rutschen jeden Sommer in die Arbeitslosigkeit - wegen befristeter Arbeitsverträge. Das missfällt nicht nur den betroffenen Lehrern, auch Eltern und Schüler protestieren.

Am Montag haben Verbände von Lehrern, Schülern und Eltern einen gemeinsamen Appell an die grün-schwarze Landesregierung gerichtet: So geht"s nicht weiter.

(...)

Quelle: SWR.de vom 11.07.2016

Grüne kritisieren Seehofers Zeitverträge

Der Freistaat Bayern setzt im öffentlichen Dienst immer mehr auf befristete Arbeitsverträge. "Skandalös" findet der Grünen-Abgeordnete Markus Ganserer diese Praxis.

Ende 2014 hatten 45 955 Arbeitnehmer im Zuständigkeitsbereich der staatlichen Ministerien ein befristetes Arbeitsverhältnis – und damit mehr als jeder dritte Angestellte. Tendenz steigend.

(...)

Quelle: Merkur.de vom 07.07.2016

Unterstützung für Geringverdiener: Milliarden für Lebensleistungsrente

Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) plant nach einem Zeitungsbericht für die künftige Lebensleistungsrente bis 2020 Ausgaben von insgesamt 2,3 Milliarden Euro ein. Zum 1. Juli 2017 solle diese Unterstützung für Geringverdiener in Kraft treten

Die Lebensleistungsrente soll Geringverdienern ein Alterseinkommen über dem Existenzminimum sichern. Bis zu fünf Jahre Arbeitslosigkeit sollen angerechnet werden.

(...)

Quelle: Kölnische Rundschau online vom 07.07.2016

Sparquote bei Beziehern unterer Einkommen rutscht ins Minus

Arbeitnehmer in Deutschland mit geringem Einkommen sind immer weniger in der Lage, ergänzend für das Alter vorzusorgen. Darauf deuten neue Daten über die Sparquote der privaten Haushalte hin.

Wer weniger verdient lebt inzwischen sogar auf Pump oder vom Sparbuch: Bei den Beziehern von Einkommen zwischen 1500 und 2000 Euro sank die Sparquote von 3 auf -1,0 Prozent und in der Einkommensklasse 1300 bis 1500 Euro von 2,0 auf -4,6 Prozent.

(...)

Quelle: Business-Panorama.de vom 06.07.2016

Linksfraktion: Heutiger Mindestlohn führt in die Altersarmut

Die Linke sieht in dem derzeitigen Mindestlohn von 8,50 brutto je Stunde den Weg in die Altersarmut vorprogrammiert. Um über das Grundsicherungsniveau hinauszukommen, sei vielmehr ein Stundenlohn von 11,68 Euro erforderlich, so die Linksfraktion in einer Kleinen Anfrage.

Das BMAS weist darauf hin, dass es Aufgabe des Mindestlohns sei, Arbeitnehmer vor Niedrigstlöhnen zu schützen (...). „Der allgemeine Mindestlohn kann und soll lediglich einen angemessenen Mindestschutz für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sicherstellen.“

(...)

Quelle: VersicherungsJournal.de vom 06.07.2016

Wie lebt es sich mit wenig Geld?

Große Unsicherheit, kein Urlaub und wenig Perspektive: Menschen, die nicht viel Geld verdienen oder von Hartz IV leben, haben es nicht einfach, in Freiburg über die Runden zu kommen. Wir haben drei von ihnen besucht.

Angelika Maurer* ist 50 und weiß, wie es ist, wenn das Geld nicht reicht. (...) 1600 Euro brutto verdiene sie monatlich, davon blieben ihr netto 1050 Euro. "Mit meinem Einkommen liege ich knapp über dem Anspruch für Sozialleistungen", sagt Maurer.

(...)

Quelle: Badische Zeitung online vom 06.07.2016

Berlin ist Hauptstadt der Aufstocker

In Berlin, Hamburg, der Region Hannover sowie in Köln leben bundesweit die meisten Hartz-IV-Aufstocker (...). Allein in Berlin können demnach 60.621 Menschen nicht allein von ihrem Gehalt leben, sondern müssen

sogenannte aufstockende Hartz-IV-Leistungen in Anspruch nehmen.

Bundesweit beziehen laut Bundesagentur für Arbeit rund 1,2 Millionen Menschen sogenannte „Aufstockerleistungen nach dem Sozialgesetzbuch II“, darunter 591.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte.

(...)

Quelle: WirtschaftsWoche online vom 04.07.2016

Thüringen fordert im Bundesrat Nachbesserung beim Mindestlohn

Thüringen will erreichen, dass Arbeitgeber künftig Weihnachts- oder Urlaubsgeld nicht mehr in den Mindestlohn einrechnen können. Eine entsprechende Initiative hat die Landesregierung zusammen mit Hamburg und Brandenburg im Bundesrat eingereicht.

"Die Klarstellung soll Rechtsunsicherheiten bei der Auslegung des Mindestlohngesetzes vermeiden und Manipulationen bei der Berechnung des Mindestlohnes verhindern", heißt es in dem Papier, das unserer Zeitung vorliegt.

(...)

Quelle: Thüringer Allgemeine online vom 04.07.2016

Immer mehr säumige Kassenpatienten

Bei den gesetzlichen Krankenkassen haben sich Beitragsrückstände von 4,48 Milliarden Euro angehäuft. Seit vor knapp zehn Jahren die Versicherungspflicht in Kraft getreten ist, müssen die Kassen auch Versicherte halten, die nicht zahlen.

Den Krankenkassen etwas schuldig bleiben können nur die sogenannten Selbstzahler, die nicht fest angestellt sind. (...) So sind es häufig Solo-Selbstständige mit kleinen Einkommen oder Personen, die durchs soziale Netz gefallen und auch nicht über Hartz-IV-Bezug versichert sind

(...)

Quelle: RP online vom 02.07.2016

Handel: Mehr Festanstellungen, weniger Minijobs

Der Einzelhandel hat im vergangenen Jahr weitere Stellen geschaffen. (...) Zum Stichtag 30. September 2015 haben demnach insgesamt 27.000 Mitarbeiter mehr als im Vorjahr in der Branche gearbeitet. Zudem sei die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Stellen um 63.000 gestiegen, während die der Minijobs um 36.000 gesunken sei.

Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung steigt weiter“, so HDE-Hauptgeschäftsführer Stefan Genth. „In den letzten vier Jahren ist die Zahl der Minijobs im Einzelhandel um über 100.000 zurückgegangen“.

(...)

Quelle: TextilWirtschaft online vom 01.07.2016

„Die Lohnabrechnung? - Die stimmt nie“

Ab dem 1. Juli greift die „freiwillige Selbstverpflichtung der Branche“: Darin verpflichten sich einige Schlachthof-Riesen, Werkvertragsarbeiter ins deutsche Sozialversicherungssystem zu überführen. Wird das System endlich transparenter?

Goldschmaus, immerhin einer der zehn größten Schlachthöfe im Land, hat die Verpflichtung nicht unterschrieben, macht aber mit. Geschäftsführer Hempen will sogar noch einen Schritt weitergehen: Zum 1. Januar 2017 will er ganz auf Werkverträge verzichten.

(...)

Quelle: NWZ online vom 01.07.2016

700 Leiharbeiter bei VW in Zwickau müssen gehen

Volkswagen trennt sich im Werk Zwickau von knapp 700 Leiharbeitern und Beschäftigten mit befristeten Verträgen. Damit setze der Konzern seine angekündigten Streichungen zum 30. Juni um, sagte Betriebsrat Jens Rothe am Donnerstag.

Stefan Kademann von der IG Metall sprach von einer "bedauerlichen" Entwicklung - und kritisierte zugleich den aus seiner Sicht mangelnden Schutz für Leiharbeiter.

(...)

Quelle: RP online vom 30.06.2016

Gericht: Mindestlohn auch bei Bereitschaftsdienst

Gute Nachrichten vom Bundesarbeitsgericht für Hunderttausende Arbeitnehmer, die Bereitschaftsdienste leisten: Für die Stunden, in denen sie auf ihren Einsatz warten, haben sie Anspruch auf den Mindestlohn von derzeit 8,50 Euro pro Stunde.

Die höchsten deutschen Arbeitsrichter begründeten ihre Entscheidung damit, das Mindestlohngesetz differenziere nicht zwischen regulärer Arbeitszeit und Bereitschaftsstunden. Es sehe eine einheitliche Lohnuntergrenze vor.

(...)

Quelle: RP online vom 30.06.2016

Das IWH Halle hält Mindestlohn für einen gefährlichen Eingriff in den ostdeutschen Arbeitsmarkt

„Es wäre besser, den Mindestlohn jeweils nur in moderaten Schritten zu erhöhen. Die heutige Entscheidung ist nicht ausgewogen und dürfte vor allem in Ostdeutschland auch negative Folgen haben“, glaubt Oliver Holtemöller, Vizepräsident des Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung.

Was die Theoretiker aus Halle fürchten wie der Teufel das Weihwasser, das ist der Eingriff der Politik in den „Markt“. (...) Das hat schon etwas, nachdem der Staat jahrelang die Marktpreise hoch subventioniert hat. Stichwort: „Aufstocker“.

(...)

Quelle: Leipziger Internet Zeitung online vom 30.06.2016

"Crowdworker glauben, dass sie sich selbst organisieren können"

Immer mehr Menschen arbeiten als digitale Tagelöhner. Doch Gewerkschaften gelingt es kaum, sie zu organisieren. Es ist höchste Zeit für konkrete Ideen, sagt Ayad Al-Ani.

Der Forscher Ayad Al-Ani, Geschäftsführer des Berliner Alexander von Humboldt Instituts für Internet und Gesellschaft, hat untersucht, wie die Crowdworker ihre Arbeitsbedingungen selbst einschätzen.

(...)

Quelle: Zeit online vom 30.06.2016

Trotz Kritik: Land schließt mit Hochschulen Rahmenkodex für befristete Arbeitsverträge ab

Der Rahmenkodex lege unter anderem fest, dass sich die Dauer einer Beschäftigung grundsätzlich an der Dauer der angestrebten Qualifizierung oder an der Dauer der Bewilligung des zugehörigen Drittmittelprojekts orientiert. Die Laufzeit der Verträge von wissenschaftlichen und künstlerischen Hilfskräften soll nicht mehr kürzer als sechs Monate sein.

Die Mittelbauinitiative mache sich nicht viel Hoffnung auf tatsächliche Änderungen. Der Rahmenkodex sei völlig „verwässert“, erklärte Mathias Kuhnt gegenüber DNN. Nach mehreren Verhandlungsschleifen „sind viele Regelungen nur noch Soll-Bestimmungen“.

(...)

Quelle: Dresdner Neueste Nachrichten online vom 29.06.2016

Manche Lehrer müssen im Sommer zur Arbeitsagentur

Alle Jahre wieder das gleiche Szenario: Referendare, die ihr Lehramtsstudium abgeschlossen haben und Vertretungslehrer, deren Vertrag spätestens mit Ende des Schuljahres im Juli ausläuft, stehen plötzlich ohne Einkünfte da und müssen Arbeitslosengeld beziehen.

Bei Berufsanfängern ist das besonders prekär, denn die erhalten nicht mal Arbeitslosengeld, weil sie die Mindestbeschäftigungszeit nicht erreichen. Nach den Ferien geht es zwar weiter, gut sechs Wochen Sommerpause aber wollen überbrückt werden.

(...)

Quelle: Badische Zeitung online vom 29.06.2016

Mindestlohn steigt um 55 Euro im Monat

Der gesetzliche Mindestlohn wird am 1. Januar 2017 zwei Jahre nach seiner Einführung erstmals erhöht. Darauf hat sich die aus Arbeitgebern, Gewerkschaften und Wissenschaftlern zusammengesetzte Mindestlohnkommission geeinigt.

Je Arbeitsstunde steige die Lohnuntergrenze um 34 Cent auf 8,84 Euro, sagte der Vorsitzende des Gremiums,

Jan Zilius. Die Entscheidung sei einstimmig getroffen worden. Bei einem Vollzeit-Job mit 37,5 Stunden pro Woche kommen am Monatsende dann 55 Euro mehr Bruttolohn heraus als bisher.

(...)

Quelle: Bonner General-Anzeiger online vom 29.06.2016

Markus Krüsemann ist Soziologe und Mitarbeiter am Göttinger Institut für Regionalforschung. Unter www.miese-jobs.de betreibt er ein Informationsportal zu atypischen und prekären Beschäftigungsformen.

URL: <https://www.blickpunkt-wiso.de/post/miese-jobsde-nachrichtenueberblick-142016--1917.html>

PDF erstellt am: 28.11.2020